

Krieg gegen Afghanistan nicht zu gewinnen

„Dieser Krieg gegen den Terrorismus ist ein Vorwand“
(Michael Meacher, Minister in der Regierung Blair 1997 bis 2003)

Mitte 2005 lag die Zahl der - „Sicherheitsvorkommnisse“ genannten - *monatlichen* Anschläge und der bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen afghanischen Aufständischen und den westlichen Besatzungstruppen bei 25. Im August 2008 liegt die Zahl der „Sicherheitsvorkommnisse“ *pro Woche* bei deutlich über 200, Tendenz steigend. Dies ist das desaströse Ergebnis eines mit riesigem finanziellem Aufwand geführten Krieges, der unmittelbar nach den Anschlägen vom 11. September 2001 begann. Er dauert inzwischen länger als der Zweite Weltkrieg. Die USA werden allein im Jahr 2008 14 Milliarden Dollar für die von ihnen geführte „Operation Dauerhafte Freiheit“ (OEF) ausgeben. Sie reklamieren für sich das Recht auf Selbstverteidigung, obwohl sie nie Beweise für die Schuld der Talibanregierung an den Terroranschlägen von New York und Washington vorlegen konnten. Auch die Bundesregierung beruft sich hierauf, wenn sie OEF mit den Soldaten des „Kommandos Spezialkräfte“ (KSK) unterstützt. Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hat jedoch mit seinen Resolutionen 1368 und 1373 vom September 2001 die Staatengemeinschaft nicht zur Anwendung militärischer Mittel ermächtigt. Somit ist OEF völkerrechtswidrig, die deutsche Beteiligung verstößt deswegen gegen Artikel 25 des Grundgesetzes. Tatsächlich geht es den USA um eine günstige strategische Ausgangsposition in Zentralasien gegen die Rivalen China und Russland.

Die vom Sicherheitsrat legitimierte Unterstützungsmission für die afghanische Regierung, die NATO-geführte ISAF, hat dem deutschen Steuerzahler für den Einsatz seiner derzeit 3 500 Soldaten in sechseinhalb Jahren 2,6 Milliarden Euro gekostet, davon allein im laufenden Jahr 500 Millionen Euro. Dem stehen magere 900 Millionen Euro deutscher Aufbauhilfe für die Jahre 2002 bis 2010 gegenüber. Das Ergebnis im deutschen Verantwortungsbereich, dem Regionalkommando Nord: Die Sicherheitslage hat sich derart verschlechtert, dass der Deutsche Bundestag im Herbst der Entsendung weiterer 1 000 Soldaten zustimmen soll.

Die internationalen zivilen Hilfsleistungen für Afghanistan beliefen sich von 2001 bis heute auf 15 Milliarden Dollar. Sie stehen in einem krassen Missverhältnis (1:9) zu den Kriegsausgaben. Die Konsequenzen für das seit 30 Jahren von Krieg und Bürgerkrieg geschundene Land und seine Bevölkerung sind dramatisch. Es gibt keine selbsttragenden Wirtschaftsstrukturen. Der Mohnanbau hingegen floriert. Die

Anbaufläche hat sich seit dem Sturz der Taliban verzehnfacht. 98 Prozent des weltweit gehandelten Heroins stammen heute aus Afghanistan. 68 Prozent der Afghanen haben keinen Zugang zu sauberem Wasser, 50 Prozent der Kinder sind untergewichtig, die Alphabetisierungsrate ist auf 23,5 Prozent gesunken, die Lebenserwartung beträgt 43 Jahre.

Der bis Mitte 2008 amtierende Oberbefehlshaber beider Missionen, General McNeill, hält 500 000 Soldaten für erforderlich, um den Aufstand der Afghanen niederzuschlagen. Sein Nachfolger verfügt über 60 000. Welcher Politiker wäre wohl bereit, diese Zahl um 800 Prozent zu erhöhen?

Somit ist klar, dass dieser Krieg gegen die Afghanen nicht gewonnen werden kann. Sie werden sich ausländischen Besatzern nicht beugen. Diese Erfahrung musste England bereits im 19. Jahrhundert zweimal machen. Hinzu kommt: Die rücksichtslose Kriegführung der für beide Missionen zur Luftnahunterstützung der Bodentruppen eingesetzten Jagdbomber mit Streubomben und Munition mit abgereichertem Uran (DU) trifft wahllos Kombattanten und Zivilbevölkerung. Sie verstößt damit gegen das Kriegsvölkerrecht. Zwar ist die deutsche Luftwaffe hieran nicht beteiligt; als Kriegsbündnispartner macht sich Deutschland aber voll mitschuldig.

DIE LINKE fordert deswegen den Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan. Dabei kann auf Albert Einstein verwiesen werden: „Die Zuflucht zum Militär ist die ultimative Dummheit der Politik“. In diesem Sinn rufen wir zur Teilnahme am Nachhilfeunterricht für die Bundesregierung auf: Bei der Großdemonstration der Friedensbewegung am 20. September in Berlin.

Jochen Scholz